

Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe: KW 24

Maik Beermann



Europäische Werte	2
Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen	2
Speicherungspflicht für Verbindungsdaten	3
Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit	3
Versorgung aller Patienten	4
Besuch in Berlin	5
Zurück in die Schule	7
Infrastruktur Gipfel in Estorf	8
Schützenfestsaison geht weiter	9
72 Stunden Aktion	10
Kreispokalfinale im Landkreis Nienburg	10
Zweiter Runder Tisch SuedLink	11

Europäische Werte

Im Unterschied zu den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien und Wirtschaftsministern in Europa wollen CDU und CSU keine Vergemeinschaftung von Haushalten und Schulden in der EU. Für uns gilt: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Hilfe muss auf Selbsthilfe treffen. Mit Blick auf Griechenland heißt das, dass der Schlüssel in Athen liegt. Die europäischen Partner sind zur Hilfe bereit, aber nicht bedingungslos. Unsere Kriterien sind klar: Der IWF muss an Bord bleiben und die getroffenen Vereinbarungen müssen umgesetzt werden. Stilistische Tabubrüche kann Europa verkraften. Schwieriger wird es in einer Gemeinschaft des Rechts, wenn verbindliche Zusagen gebrochen werden.

Damit müssen sich übrigens auch die Sozialdemokraten in Österreich auseinandersetzen. Um den Landeshauptmann im Burgenland nicht zu verlieren, wollen sie dort jetzt die FPÖ in die Regierung holen. Und das, obwohl die SPÖ per Parteitagbeschluss versprochen hat, dass eine Koalition für „alle politischen Ebenen“ ausgeschlossen sei. Was der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Werner Faymann kürzlich noch bekräftigt haben, weil die FPÖ „vom Aufhetzen“ lebe. Die ÖVP wurde damals unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel noch scharf von der SPD für die Koalition mit der FPÖ kritisiert und sanktioniert. Wenn es allerdings um Macht geht, zählt das alles nichts mehr.

Die Wahlen des vergangenen Wochenendes in der Türkei haben uns ein beruhigendes Signal gegeben. Die Türkei hat einen wichtigen Schritt in Richtung mehr, statt weniger, Demokratie genommen. Allen Einmischungen des zur Neutralität verpflichteten türkischen Präsidenten zum Trotz haben die Türken ein klares Signal gegen den weiteren politischen Umbau ihres Landes gesetzt. Sie lehnen die Einschnürungen der Pressefreiheit, die Eingriffe in das Justizsystem und die Einschränkungen der politischen Gewaltenteilung ab, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Ein gutes Zeichen.

Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen

Deutschland hat in den vergangenen Wochen aufrüttelnde Berichte über die unglaublich lang anhaltende Duldung von Kindesmissbrauch in grün-alternativen Strukturen zur Kenntnis nehmen müssen. Das Versagen bestand nicht nur im Wegschauen, sondern in offener Werbung für pädophiles Treiben. Der Berliner Landesverband der Grünen räumt denn auch zu Recht das „institutionelle Versagen“ beim Kindesmissbrauch ein. Dabei allein kann es aber nicht bleiben.

Insofern ist es höchst bedrückend, dass bis heute nicht ein einziges Land mit grüner Regierungsbeteiligung seine Zusage erfüllt hat, den von Bund und Ländern gemeinsam auf den Weg gebrachten „Fonds sexueller Missbrauch“ mit den versprochenen Mitteln auszustatten. Mit 100 Mio. Euro soll dieser Fonds Betroffenen helfen, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuellen Missbrauch erlitten haben und noch heute unter dessen Folgewirkungen leiden. Bislang haben aber lediglich der Bund, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern eingezahlt.

Der Fonds kümmert sich vor allem um Opfer aus dem familiären Bereich, bezieht aber auch Fremdtäter und den institutionellen Bereich mit ein. Anträge von Opfern, die in Institutionen sexuell missbraucht wurden, können entgegengenommen werden, wenn sich diese Institutionen am ergänzenden Hilfesystem beteiligen. Evangelische und katholische Kirche sowie die Ordensobernkonzferenz tun dies bereits. Die institutionell verwickelten Grünen noch nicht. Dafür müssen sicher nicht zwei weitere Jahre ins Land ziehen.

Speicherpflicht für Verbindungsdaten

Lange haben wir dafür werben müssen, nun aber haben sich die guten Argumente durchgesetzt. Die unionsgeführte Koalition schafft die gesetzlichen Grundlagen für die Speicherung von Verbindungsdaten. Damit versetzen wir unsere Ermittlungsbehörden endlich wieder in die Lage, bei schweren Straftaten Zugriff auf wichtige, beweisführende Daten zu erhalten. Bei der Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität, der Kinderpornografie und anderen schweren Straftaten sind diese Daten häufig die einzigen Ansatzpunkte, um die Täter ausfindig zu machen.

Damit tragen wir auch der Tatsache Rechnung, dass das Internet die Eingrenzbarkeit kriminalgeographischer Räume aufgehoben hat. Es ermöglicht Tätern weltweit, von jedem beliebigen Ort aus, massive Schäden anzurichten und kriminelle Gewinne am Ort ihrer Wahl zu erzielen. Ohne Zugriff auf Verbindungsdaten sind dem Staat bei der Aufklärung zahlreicher schwerer Straftaten die Hände gebunden. Dies ändern wir jetzt.

Weil in der Debatte um Verbindungsdaten oft mit Halb- und Unwahrheiten hantiert wird, sei hier noch einmal betont: Es geht nicht um die Speicherung von Kommunikationsinhalten. Gespeichert werden lediglich die Verbindungsdaten und Standortinformationen. Die Speicherung findet auch nicht beim Staat statt, sondern bei den Telekommunikationsunternehmen. Die Speicherdauer dieser Telefon- und Internetdaten beträgt maximal zehn Wochen. Standortinformationen von Handy-Gesprächen dürfen nur vier Wochen lang aufbewahrt werden. Danach muss das Unternehmen die Daten löschen. Bisher gibt es eine solche Löschverpflichtung nicht und es hängt von dem jeweiligen Unternehmen selbst ab, wie lange gespeichert wird. Das ändern wir. Zudem dürfen die Daten nur in Deutschland gespeichert werden.

Der Staat selbst speichert nichts. Erst wenn es einen Verdacht auf eine schwere Straftat gibt, kann ein Richter entscheiden, dass die Polizei diese Daten zur Aufklärung schrecklicher Verbrechen nutzen darf. Auch müssen die Betroffenen darüber informiert werden. Die Menschen in unserem Land wollen frei und sicher leben können. Der Staat kommt mit der Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter, Verbindungsdaten begrenzt zu speichern, dieser Verantwortung nach.

Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit

Der Koalitionsvertrag ist in Sachen Gesundheitswesen sehr präzise ausformuliert und die Liste der Vorhaben lang: Versorgungstärkungsgesetz, Pflegestärkungsgesetze I und II, Präventionsgesetz, Qualitätsoffensive und die große Krankenhausfinanzierungs-Reform sind hier zu nennen. Wie es um diese wichtigen Vorhaben steht und auf welche Konsequenzen sich die Akteure im Gesundheitswesen in Zukunft einstellen müssen war Thema beim Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit. Dort habe ich in dieser Sitzungswoche persönlich mit Vertretern aus Medizin und Gesundheitswirtschaft zum Thema eHealth diskutiert.



Versorgung aller Patienten

Die Sicherung der medizinischen Versorgung, insbesondere auf dem Land, wurde bereits mit dem Versorgungsstrukturgesetz in der letzten Wahlperiode verbessert. Das zweite Versorgungstärkungsgesetz, das in dieser Woche abschließend beraten wurde, stellt den Versorgungsalltag der Versicherten erneut in den Mittelpunkt. Konsequenz aus dem Blickwinkel der Patienten geht es um eine medizinische Versorgung, die in Stadt und Land gut erreichbar und qualitativ hochwertig ist - in der Praxis, im Krankenhaus, beim Haus- und beim Facharzt.

In ländlichen Räumen bereitet vielerorts nicht erst die Facharzt-, sondern schon die Hausarztversorgung Sorgen. Das Gesetz stärkt daher die Anreize für Ärzte, sich niederzulassen. Künftig haben die Kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit, mit vielfältigen Maßnahmen vom Stipendium bis hin zur Niederlassungshilfe einen Beitrag zu leisten, damit Unterversorgung erst gar nicht entsteht. Sie können in eigener Regie in ihrer Region Strukturfonds einrichten, um die Niederlassung zu steuern. Darüber hinaus werden Praxisnetze stärker gefördert und die Möglichkeiten medizinischer Versorgungszentren erweitert. Der

niedergelassene freiberufliche Arzt ist und bleibt das Rückgrat der ambulanten Versorgung.

Neben Maßnahmen in unterversorgten Gebieten, gibt es auch solche für Gebiete, die überversorgt sind, und in denen Ärzte ihre Praxen aufgeben wollen. Eine passgenaue Verteilung ärztlicher Ressourcen wird Schritt für Schritt erfolgen. Keine bestehende Praxis wird vom Netz genommen. Bei besonderem Versorgungsbedarf wird nachbesetzt. Das letzte Wort hat die Ärzteschaft.

Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. Mit einem Innovationsfonds sollen gezielt Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten. Auch stärkt das Gesetz die Patientenrechte: Termin-Servicestellen helfen gesetzlich Versicherten gemeinsam mit den Ärzten zeitnah an einen Facharzttermin zu kommen. Die freie Arztwahl bleibt erhalten.

Die ambulante medizinische Versorgung wird durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen gestärkt und weiterentwickelt. Eine qualitativ gute und schnell erreichbare Versorgung aller Patienten hat oberste Priorität. Dazu hält dieses Gesetz einen umfassenden Katalog von Anreizen und finanzieller Unterstützung bereit.

Besuch in Berlin

Auch in dieser Sitzungswoche durfte ich wieder zahlreiche Gäste aus dem Wahlkreis begrüßen und mich mit ihnen über die Politik austauschen:



Klasse 9d des Marion-Dönhoff-Gymnasiums aus Nienburg. Dabei auch türkische Austauschschüler der Deutschen Schule in Istanbul



50 Nienburger und Schaumburger auf dreitägiger bildungspolitischer Fahrt in Berlin



Mitglieder des CDU-Kreisvorstandes und der CDU-Kreistagsfraktion aus Schaumburg waren zwei Tage in Berlin. Beherrschende Themen in der gemeinsamen Diskussion: SuedLink und der Bundesverkehrswegeplan. Bei allen Projekten ziehen wir an einem Strang.



Mein Kollege Axel Knoerig und ich durften ebenso den Lions Club Graftschaft Hoya in Berlin begrüßen.



Die Damen aus dem Lindenrott mit Rottmeister 2014 Andre Nickel

Zurück in die Schule

Das war wie ein Zurückkommen! 1998 habe ich die Realschule in Langendamm mit dem Realschulabschluss verlassen – nun durfte ich mit den zwei 10. Klassen, die kurz vor ihren letzten Prüfungen stehen, als Abgeordneter diskutieren. Die Diskussion mit den interessierten Schülerinnen und Schülern hat an meiner alten Schule viel Spaß gemacht.



Infrastrukturgipfel in Estorf

Welche Projekte im Bundesverkehrswegeplan haben eine Chance auf Umsetzung und was können die Länder und Kommunen tun, damit ihre eingereichten Projekte realisiert werden? Genau das zu wissen, war für die anwesenden Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker sowie Hauptverwaltungsbeamten des in Estorf stattgefundenen Infrastrukturgipfels, mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den 3 Landkreisen Verden, Diepholz und Nienburg, wichtig. Moderator und Gastgeber Bernd Müller brachte es auf den Punkt: „Der Bundesverkehrswegeplan hat für den Erhalt unserer Infrastruktur über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus eine enorme Bedeutung.“

Für meinen CDU-Landtagskollegen Karsten Heineking, der auch zugleich verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, hat der Infrastrukturgipfel einen sehr hohen Stellenwert: „Für unsere Region ist wichtig, dass die Bundesstraßen mit ihren Ortsumgehungen, die die Wirtschaftsräume Ostwestfalen Lippe, Weserbergland, Mittelweser, Verden und die Metropolregion Bremen – Oldenburg miteinander verbinden, ausgebaut werden und in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden. Ebenso ist der Ausbau der Mittelweser von ganz entscheidender Bedeutung für unseren Wirtschaftsraum.“

Ich fügte hinzu, dass die Infrastrukturprojekte nicht als einzelne Maßnahmen zu betrachten sind, sondern man die Projekte einer Region in deren Gesamtheit betrachten muss. Aus dem Kontext heraus lassen sich idealerweise Wirtschaftsräume vernetzen und intelligente Verkehrsflüsse ableiten.



Mit dabei waren auch meine Kollegen aus dem Bundestag Hans-Werner Kammer und Dirk Fischer. Fischer erklärte: „Im Fokus liegt der Erhalt der Infrastruktur, knapp vor dem Ausbau neuer Maßnahmen, denn hier besteht ein großer Nachholbedarf.“

Uwe Schindler von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ging auf einzelne regionale Projekte im Bundesverkehrswegeplan ein. Projektmäßig sind Bundesstraßen, Umgehungsstraßen,

Brückenerneuerungen im Plan enthalten und warten darauf, realisiert zu werden.

Karsten Heineking und Maik Beermann sehen die Ergebnisse des Infrastrukturgipfels positiv. Politik und Verwaltung müssen für eine langfristige Leistungsfähigkeit unserer Region sorgen und entsprechende Zukunftsoptionen im Auge behalten, dazu kann ein gemeinsamer Austausch nur zielführend sein.

Die Schützenfestsaison geht weiter



Schützenfest in Holtorf 2015! Seit 2001 verbindet uns eine große Freundschaft mit der Korperschaft Bünter Meyer. Wir freuen uns auf einen schönen Tag mit dem noch amtierenden Schützenkönig und unserem Freund Christian Gohla.

Auch war ich in diesem Jahr bei der Feldgerichtssitzung – immer wieder ein Highlight und super Stimmung. Dieses Mal musste auch ich dran glauben und man hat mich ganz schön aufs Korn genommen. Aber wer bei solchen Veranstaltungen keinen Humor hat, der ist fehl am Platz.

Gratulation auch an das neue Holtorfer Königshaus um Schützenkönig Bernd Bade und der besten Schützin Yvonne Braunack.



Auch war ich beim Schützenfest in Steimbke. Das Zelt war voll und die Stimmung super. Die Königsscheibe entsprach der aktuellen Diskussion in vielen Bereichen Niedersachsens.



Ebenso durfte das Königsfrühstück in Erichshagen-Wölpe nicht fehlen. Es ist immer eine Reise wert!



72 Stunden Aktion

Seit 1995 wiederholt sich alle vier Jahre die 72 Stunden Aktion der Niedersächsischen Landjugend und ich war in diesem Jahr dabei!

Im Landkreis Nienburg musste die Ortsgruppe Wietzen den Vorplatz der Kirche neu gestalten. Bürgermeister Hans-Jürgen Bein und ich haben etwas unterstützt.

Im Landkreis Schaumburg hat die Landjugend in Rehren das alte Sportheim abgerissen und in nur 3 Tagen neu errichtet. Samtgemeindebürgermeister Mike Schmidt, Landrat Jörg Farr und ich halfen bei der Dämmung.

Den Namen erhält die Aktion durch ihre Dauer. Innerhalb von 72 Stunden stellt sich die jeweilige Ortsgruppe einer ihr zuvor unbekannteren Aufgabe. Ein streng geheim gehaltener „Agent“ sucht für jedes Dorf eine passende, am Interesse der Jugendlichen und des Dorfes orientierte, Aufgabe. Das Ziel sollte immer sein, etwas Bleibendes, Nachhaltiges für das Dorf zu schaffen und durch die Aktion die Gemeinschaft im Dorf zu stärken.



Kreispokalfinale im Landkreis Nienburg

Durch ein 1:0 in der Nachspielzeit gewinnt der VFL Münchenhagen gegen den TuS Steyerberg. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich die Siegerehrung vornehmen und den Kreispokal an die Münchehäger überreichen durfte.

Bei den Damen siegte die Mannschaft vom SBV Erichshagen - die guten Wünsche vom Königsfrühstück haben also Wirkung gezeigt.



Zweiter Runder Tisch SuedLink

Beim zweiten Runden Tisch SuedLink ging es um das Thema Erdverkabelung. Gemeinsam mit den heimischen Abgeordneten, Bürgermeistern, Kommunalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern aus den Landkreisen Nienburg und Schaumburg hörten wir uns einen Fachvortrag von Dr. Volker Wendt vom Verband Europacable an und diskutierten im Anschluss miteinander. Ziel war es, sich gemeinsam zum Thema auf einen Wissensstand zu bringen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

Die Parteizugehörigkeit spielt beim Runden Tisch keine Rolle, denn auch der SuedLink macht keinen Unterschied durch wessen Gemeinde er in Zukunft führen wird. Zusammen mit Katja Keul setzen wir uns im Bundestag für eine Gleichstellung von Erdkabel mit der Freileitung ein, damit vor Ort entschieden werden kann, was für die betroffene Region die beste Wahl ist.

